

Multilateralismus statt ›Deals‹!

Patrick Rosenow, M.A., geb. 1982, ist Projektreferent bei der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN). Er promoviert zur Rolle der amerikanischen ständigen Vertreterinnen und Vertreter bei den Vereinten Nationen und wagt einen Ausblick auf die UN-Politik unter Präsident Donald J. Trump.

»Nach dem 20. Januar werden die Dinge bei den UN anders laufen«, hatte Donald J. Trump als Reaktion auf die Enthaltung der amerikanischen Regierung unter Barack Obama gegenüber der israelkritischen Sicherheitsratsresolution 2334 getwittert. Während der ehemalige Präsident Obama immer wieder versuchte, die israelische Regierung von einem Stopp des Siedlungsbaus zu überzeugen, unterstützt Trump Israels Politik vorbehaltlos. Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass sich unter ihm die amerikanische UN-Politik ändern wird. Während sich Obama und seine UN-Botschafterinnen Susan Rice und Samantha Power für eine »neue Ära des multilateralen Engagements« einsetzten, ist dies unter Trump und seiner ständigen Vertreterin bei den Vereinten Nationen Nikki Haley eher unwahrscheinlich. Kurzfristige ›Deals‹ statt langfristigem, wertebasiertem Multilateralismus drohen die Politik zu prägen.

Dabei kehrten die USA mit Obama erfreulich engagiert in das multilaterale UN-System zurück: Zunächst wertete er das Amt des ständigen Vertreters bei den Vereinten Nationen mit einem Kabinettsrang auf. Darüber hinaus arbeitete die amerikanische Regierung eng mit dem UN-Sicherheitsrat bei der Bekämpfung des Terrorismus sowie der Sanktionierung Nordkoreas und Irans zusammen. Im Fall Iran trugen die Bemühungen dazu bei, ein Atomabkommen zwischen der iranischen Regierung und den fünf ständigen Sicherheitsratsmitgliedern und Deutschland auszuhandeln – ein Erfolg multilateraler Diplomatie. Zudem ließen sich die USA erstmalig in den UN-Menschenrechtsrat wählen und setzten sich, insbesondere unter Power, für die Einhaltung der Menschenrechte ein. Nicht zuletzt wurde die Bekämpfung des Klimawandels ein bedeutendes außenpolitisches Anliegen, das mit dem Pariser Klimaschutzabkommen wichtige Fortschritte erzielte.

Allerdings gab es auch Rückschläge: So war es Obama nicht möglich, im Syrien- und Nahost-

Konflikt Lösungen voranzutreiben oder die russische Annexion der Krim zu verhindern. Ungeachtet dessen betonte Power in ihrem Abschlussbericht mit Blick auf die neue US-Regierung zu Recht, dass ein Rückzug vom UN-System den Sicherheitsinteressen der USA unwiederbringlich schaden würde. Dass Trump den UN nicht grundsätzlich ideologisch feindlich gesinnt ist, äußerte er in einem Tweet: Die UN hätten zwar großes Potenzial, aber bedauerlicherweise seien sie derzeit nur ein Club von Politikern, die sich lediglich treffen, um »eine gute Zeit« zu haben. Doch UN-Politik in 140 Zeichen bei Twitter kann politische Irritationen hervorrufen. Diese Art der Kommunikation steht im Konflikt mit dem komplexen multilateralen System der UN.

Die neue UN-Botschafterin Haley hat zwar einen Kabinettsrang und gilt als talentierte politische Verhandlerin – außenpolitisch ist sie jedoch völlig unerfahren. Auch dies könnte dazu führen, dass sie versuchen wird, einzelne ›Deals‹ zum Vorteil der USA abzuschließen und völkerrechtlichen Verpflichtungen eine geringere Rolle beizumessen. Um jedoch innerhalb der Vereinten Nationen Einfluss zu haben, wird Haley auch in Washington, D.C., indirekt für die UN eintreten müssen. Dies zeichnete sich bereits während ihrer Anhörung am 18. Januar 2017 im US-Kongress ab.

Der Trump-Regierung muss klar werden, dass die UN eine einzigartige Rolle bei der Bereitstellung kollektiver Güter wie Sicherheit und Frieden spielen. Daran müssen auch die europäischen Staaten die neue amerikanische Regierung aktiv erinnern. Sie tragen schließlich einen Anteil von rund 33 Prozent des regulären Haushalts der UN; die USA 22 Prozent. So sollte auch UN-Generalsekretär António Guterres die US-Regierung immer wieder darauf hinweisen, dass der Abschluss von ›Deals‹ zum Wohle eines Landes im multilateralen System zu kurz gedacht ist.



Patrick Rosenow

Kurzfristige ›Deals‹ statt langfristigem, wertebasiertem Multilateralismus drohen die Politik zu prägen.